

Deutschland. Aber normal.

Deutschland steht im Jahre 2021 vor einer wichtigen Entscheidung. Gibt es ein „Weiter so“ oder führt unser Weg wieder hin zu Vernunft und Verstand? Unser Land ist geprägt von einer uferlosen Subventionspolitik für ideologisch motivierte Ziele. Wichtige Wirtschaftszweige werden vorsätzlich oder zumindest grob fahrlässig kaputt gemacht. Weltretungsphantasien, beispielsweise für einen vermeintlichen Klimaschutz oder zur grenzenlosen Aufnahme von Migranten, beherrschen die deutsche Politik. Die Macht der Lobbyisten und Finanzindustrie ist überall spürbar. Die berechtigten Interessen der Bevölkerungsmehrheit haben sich einem links-grünen Gleichheitswahn unterzuordnen. Die Meinungen von Minderheiten werden ideologisch überhöht und zählen mehr als Mehrheitsinteressen. Mit allen Mitteln wird ein „Kampf gegen Rechts“ geführt, der in Wahrheit ein Zurückdrängen bürgerlicher Werte ist.

Seit eineinhalb Jahren begibt sich Deutschland nach Forderungen einflussreicher Virologen von einem Lockdown in den nächsten, um das Corona-Virus zu besiegen. Die gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen sind bisher unabsehbar. Führende Politiker reden laufend vom notwendigen Zusammenhalt in der Gesellschaft, treiben aber die Spaltung voran. Von einer „neuen Normalität“ ist die Rede. Als Alternative für Deutschland sind wir der Meinung, dass unser Land diese

„neue Normalität“ mit einer Anpassung an dauerhaft eingeschränkte Grundrechte nicht braucht. Die Gesundheit älterer und besonders gefährdeter Mitbürger ist selbstverständlich zu schützen.

Deutschland – aber normal bedeutet für uns, dass sich die Menschen frei bewegen können. Dass sie Verantwortung für sich, für ihre Gesundheit und für ihre Nächsten übernehmen dürfen und persönliche und berufliche Herausforderungen meistern. **Deutschland – aber normal** heißt, dass Bürger ihrer Arbeit nachgehen und von ihrem Einkommen leben können, dass Gas-

Meinungen auseinanderzusetzen. Gewünscht sind nicht mehr Fakten, sondern „Haltung“ und die Zahl derer, die sich überlegen, was sie öffentlich noch sagen dürfen, wächst ständig. Vor der letzten Bundestagswahl 2017 war noch von den Altparteien zu hören, dass man die AfD in den Parlamenten „stellen“ und an ihrer Programmatik messen wolle. Davon ist längst keine Rede mehr. Stattdessen definieren sich die Altparteien nach dem größtmöglichen Abstand zur AfD und grenzen damit nicht nur die Partei selbst, sondern auch ihre Wähler aus. Besonders deutlich wurde das bei der Wahl des Minister-

durchzuführen, wurde von Rot-Rot-Grün und der CDU gebrochen. Damit wurde den Bürgern ihr Mitspracherecht genommen. Nur die AfD hielt sich damals an ihr Wahlversprechen, alles für die Abwahl der linken Landesregierung zu tun. An dieses Versprechen hält sie sich noch heute und hat einen Misstrauensantrag gegen Ministerpräsident Ramelow gestellt. Das erwartbare Ergebnis, nämlich die Ablehnung des Misstrauensantrages verband die AfD mit dem Angebot an die CDU und die FDP, auch einer anderen konservativen Regierung in Thüringen zuzustimmen, damit diese endlich zur Abwahl der rot-rot-grünen Minderheitsregierung führt. Die CDU, die jedes Vertrauen in ihre eigenen Abgeordneten verloren hatte und die eine erneute, linke Hasskampagne fürchtete, entschied sich für die feigste aller Optionen: Man stellte weder einen eigenen Kandidaten auf noch beteiligte man sich an der Abstimmung.

Eine Stimme für die AfD ist eine Stimme gegen das demokratievergessene „Weiter so“ und gegen die von oben verordnete „neue Normalität“ in Deutschland, die alles mögliche ist, nicht aber deutsch – und erst recht nicht normal. Eine Stimme für die AfD ist damit eine Stimme für „Deutschland – aber normal“, für gesunden Menschenverstand und gegen die Verlogenheit der Altparteien.

Birgit Noll / Wolfgang Klinghammer



tronomen und Ladeninhaber ihre Geschäfte öffnen, dass Kinder zur Schule gehen. **Deutschland – aber normal** bedeutet, dass die Sicherheit der Menschen geschützt und Grenzen bewacht werden.

In unserem Land sprechen Regierung und große Teile des Volkes schon lange keine gemeinsame Sprache mehr. Kritische Stimmen werden totgeschwiegen oder stigmatisiert, anstatt sich sachlich mit anderen

präsidenten hier in Thüringen nach der Landtagswahl 2019. Die demokratische Wahl eines FDP-Mannes mit den Stimmen der AfD wurde auf Geheiß von Bundeskanzlerin Merkel rückgängig gemacht. Das nachfolgende Polit-Chaos war geprägt von Gewalt und Anfeindungen gegen die AfD und ist es bis heute.

Das Versprechen an die Wähler in Thüringen, in diesem Jahr eine vorgezogene Neuwahl des Landtages

ab Seite 4: Ein blauer Leitfaden für das Regieren im grünen Herzen Deutschlands – Björn Höcke
Seite 12: Werden Sie Beobachter oder Wahlhelfer!

Volkssouveränität

gegen den Parteienstaat verteidigen!



Foto: AfD Westthüringen

Volkssouveränität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind die Konstanten unseres politischen Systems. Sie können allerdings weder als dauerhaft gesichert gelten, noch garantiert die bloße Nennung dieser Begriffe ihre Umsetzung.

Stattdessen bedarf es der genauen Beobachtung, um totalitäre Tendenzen zu erkennen und zu bekämpfen.

Die Entwicklungen der letzten Jahre geben Anlass zu Besorgnis:

- Viel zu lange schon herrschen kaum mehr unterscheidbare Parteien, die bereits die bloße Existenz einer demokratischen Opposition leugnen und sich den Staat zur Beute gemacht haben.

- Der Verfassungsschutz ist inzwischen zum Regierungsschutz verkommen und reiht sich, ebenso wie der Staatsrundfunk, in die Tätigkeiten zur Bekämpfung der Opposition ein.

- Meinungsklima und Diskussionskultur sind durch die allgegenwärtige Agitation so sehr vergiftet, dass viele Bürger Angst haben, ihre Meinung frei zu äußern. Die Staatsparteien nutzen dieses Klima als willkommenes Mittel zum Machtausbau.

- Der Staat unterwandert die Gesellschaft in immer stärkerem Maße durch die selektive Finanzierung willfähriger Akteure.

- Die offenbar politisch motivierten Hausdurchsuchungen beim „Masken-Richter“ in Weimar sowie bei unserem Landeschef Björn Höcke zeigen, dass auch Teile der Justiz sich in den Dienst der politischen Machtanmaßung stellen.

- Die Einschüchterungen von Künstlern, die sich kritisch äußerten, sowie die gezielte Stimmungsmache während der Fußball-EM zeigten, dass weder Kultur noch Sport von den Übergriffen der herrschenden Ideologie ausgenommen sind. Dass die allumfassende geistige Regenbogenbestrahlung und der entwürdigende Kniefall vor einer gewaltaffinen US-Gruppierung ausgerechnet zu Zeichen von „Toleranz“ verklärt wurden, offenbart das gesamte Ausmaß der politischen Schizophrenie.

- Mit der Aufstellung dreier farblosler Kanzlerkandidaten ist eine Fortsetzung der Bevormundungspolitik abzusehen – gleichgültig, ob diese nun in ihrer rheinischen, hanseatischen oder naiv-weltfremden Variante erfolgt.

Den bisher deutlichsten Beweis für die Erosion demokratischer Werte lieferte allerdings die Kanzlerin selbst, als sie von oben herab erklärte, dass das „Ergebnis“ – gemeint war die Abwahl von Bodo Ramelow als

Ministerpräsident im Februar 2020 – „rückgängig gemacht“ werden müsse.

Es ist an der Zeit, die Volkssouveränität gegen den anmaßenden und expandierenden Parteienstaat zu verteidigen!

Zu den von uns geforderten Maßnahmen gehören:

- Volksabstimmungen nach dem Vorbild der Schweiz: Diese würden die Abgeordnete dazu zwingen, ihre Politik an den Interessen der Bürger auszurichten.

- Deutsche Identität und Leitkultur, die die Auswüchse „multikultureller“ Parallelgesellschaften begrenzt.

- Eine transparente Kulturförderung, welche die zur Verfügung gestellten Gelder nicht für die Durchsetzung politischer Ideologien missbraucht.

- Eine Reform des politisierten Verfassungsschutzes, der derzeit seine Kompetenzen bei Weitem überschreitet (und dessen Spitzenpersonal nicht gerade durch Kompetenz und Neutralität auffällt).

- Die Beschränkung der Macht der Parteien.

- Die Abschaffung des Rundfunkbeitrags und die Rückführung des

ausufernden Rundfunkwesens auf seine eigentlichen Aufgaben: Wir stehen für einen informativen und objektiven „Grundfunk“ ohne Extra-Beiträge und Werbung.

- Die Aufrechterhaltung der Meinungsfreiheit: Es ist nicht Aufgabe der politischen Parteien, die Zensur unliebsamer Meinungen durch Dritte – wie etwa soziale Netzwerke – zu veranlassen. Wir lehnen derartige Bestrebungen ab.

- Leistung statt Quote: Die Besetzung von Posten und Ämtern mit „Quotenfrauen“ oder „Quotenmigranten“ lehnen wir strikt ab – denn dies führt nicht nur zur Aushebelung eines gesunden Wettbewerbs, sondern entwertet auch die Arbeit und das Ansehen jener, die ihre Position ihrer Leistung verdanken.

Mit einer starken AfD erteilen wir totalitären Fantasien eine klare Absage, schützen die Bürger und ihre Rechte vor einem allzu gierig gewordenen Staat und beenden die unsägliche Politik der Angst.

Wolfgang Klinghammer

Selbstbewusste Außenpolitik

auf Augenhöhe!



Die deutsche Außenpolitik hat es mit einer Vielzahl von Interessen zu tun. Sie ist, gerade innerhalb Europas, auf Vertrauen angewiesen, das schwer zu erlangen, aber leicht zu verlieren ist. Leider wurde in den letzten Jahren enorm viel Vertrauen verspielt: Davon zeugt einerseits der Austritt Großbritanniens aus der EU, andererseits die Skepsis vieler Staaten gegenüber den klima-, migrations-, gender-, finanz- und kulturpolitischen Zumutungen aus Brüssel.

Die gezielte Auswahl von Themenschwerpunkten, die Nationalstaaten angeblich überforderten (so etwa „Klimarettung“ und Migration), die gefährliche Überschneidung von linksideologischer Anmaßung, lähmender Bürokratie und dem Machtmissbrauch unfähiger Altpolitiker hat die EU weitgehend den Konzernen und Lobbyisten ausgeliefert. Diese nutzen das linke Gerechtigkeits- und das grüne Umweltvokabular lediglich als Bausteine ihrer Medienstrategie.

Tatsächlich aber geht es darum, all das zu beseitigen, was einer ungehemmten Vorherrschaft wirtschaftlicher Interessen noch im Wege stehen könnte; Traditionen, Werte, Glaubensvorstellungen, allen voran aber nationale Identitäten und Gemeinschaftsdenken.

Wenn Kanzlerkandidatin Baerbock ankündigt, das Einstimmigkeitsprinzip in der EU durch ein Mehrheitsprinzip ersetzen zu wollen, so würde dies zahllose faule Kompromisse nach sich ziehen, für deren Zustandekommen erneut deutsche Steuergelder eingesetzt werden.

Das Projekt des „New Green Deal“ beispielsweise wird nach derzeitiger Planung nicht nur 1,8 Billionen Euro verschlingen, sondern

soll auch umfassend dazu genutzt werden, den Einfluss der Union auf die Wirtschafts-, Industrie- Steuer- und Finanzpolitik ihrer Mitgliedsstaaten nochmals auszuweiten. Zudem wurde die Coronakrise gezielt dafür instrumentalisiert, der EU erstmals eine massive Schuldenaufnahme zu erlauben.

europäischen Außenpolitik selbst überflüssig zu machen oder andere Staaten moralisch zu belehren. Die Einmischung von Konzernen, von Zwischen- oder Nichtstaatlichen Organisationen in die inneren Angelegenheiten von Staaten lehnen wir ebenfalls ab.

Wir treten gegen eine Umwand-

Einführung eines Pflichtjahrs für alle jungen Bürger ein, das als Wehrdienst oder alternativ als Gemeinschaftsdienst geleistet werden kann. Die Versäumnisse, die zum Verfall von Bewaffnung und Ausrüstung der Bundeswehr geführt haben, gilt es ebenso zu überwinden wie die Politisierung der Armeeführung.



Foto: Pixabay / Erich Wastenberg

Sollte sich demnächst auch Frankreich der EU-Zumutung verweigern, wird Deutschland komplett und selbstverschuldet isoliert sein – gerade dann, wenn sich die selbstgerechte, naivgrüne Marktschreierei auch auf Bundesebene durchsetzen sollte.

Die AfD strebt eine Außenpolitik an, bei der selbstbewusste und souveräne Staaten auf Augenhöhe miteinander verhandeln. Dabei gilt es, die Sicherheitsinteressen aller zu berücksichtigen. Es ist nicht Aufgabe deutscher Außenpolitik, sich zugunsten einer vergemeinschafteten

lung der NATO in eine globale Eingreiftruppe unter US-Kommando ein. Die gescheiterte Mission in Afghanistan hat deutlich gezeigt, dass sich die Sicherheitslage von außen nicht verbessern lässt, sondern neue Tragödien und neue Flüchtlingsströme die Folge sind. Stattdessen sollte die NATO auf ihre eigentliche Funktion, nämlich die der Verteidigung, begrenzt werden.

Um die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands zu erhöhen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, treten wir für eine

Wir fordern eine sachliche und aufrechte Außenpolitik ohne Doppelstandards. Hierzu gehört auch ein Ende der Russland-Sanktionen, die weder im deutschen noch im europäischen Interesse sind.

Nur wenn es gelingt, das Erbe der Merkel-Ära und ihrer Außenpolitik der Selbstverleugnung schnell zu überwinden, wird Deutschland wieder zu einem starken und vertrauenswürdigen Partner in Europa und der Welt.

Wolfgang Klinghammer

- Einzig echte Oppositionspartei ✓
- Konsequenter Einsatz gegen Abbau von Bürgerrechten und Corona-Panikmache ✓
- Wort gehalten: Abwahl Ramelows veranlasst ✓
- Abstruses Demokratieverständnis der Kanzlerin entlarvt ✓
- Missbrauch des Staatsapparats für Parteipolitik aufgedeckt ✓
- Vielzahl von Anträgen und Gesetzentwürfen eingebracht, die regelmäßig abgelehnt (und dann kopiert) werden ✓
- Über Migrationspakt aufgeklärt ✓
- Kanzlerin vor Gericht gebracht ✓

AfD wirkt!



Ein blauer Leitfaden

für das Regieren im grünen Herzen Deutschlands

Liebe Thüringer,

nach fast zwei Jahren politischem Gezerre der verbrauchten Parteien wurden die Neuwahlen im letzten Moment nun doch noch abgesagt. Schade, unser Landesverband stand schon hochmotiviert in den Startlöchern für einen engagierten Wahlkampf in unserem schönen Freistaat!

Wie eine AfD-Regierung im grünen Herzen Deutschlands

aussehen würde, haben wir im einem »Blauen Leitfaden« skizziert.

Ich wünsche Euch und Euren Familien noch einen schönen Restsommer.

Euer Björn Höcke

Das Recht auf Heimat ist unantastbar!

Es ist das natürliche Recht jedes Menschen, friedlich und ohne multikulturelle Zumutungen in der eigenen Heimat unter Seinesgleichen zu leben. Wir werden nicht nur dafür sorgen, dass dieses grundlegende Recht endlich auch in Thüringen respektiert wird, sondern dass man sich ohne die Gefahr der sozialen Ächtung und der wirtschaftlichen Existenzvernichtung wieder dafür einsetzen kann. Die staatliche Propaganda zugunsten einer Globalisierung, die unser Land in wirtschaftliche Abhängigkeiten treibt und Masseneinwanderung zur Folge hat, werden wir beenden. Allen Deutschlandhassern zum Trotz: Natürlich darf man stolz auf sein Land sein!

Echte Mitbestimmung statt Demokratiesimulation!

Es ist ein Hohn, dass sich die Altparteienvertreter als Super-Demokraten darstellen. Dabei sind sie es, die eine demokratische Wahl rückgängig machten und uns in den vergangenen zwei Jahren fast alle Grundrechte genommen haben. Sie regieren mit Ausgangssperren und verhängen Kontaktsperrungen, die sie sogar innerhalb von Familien mittels Polizeimaßnahmen durchsetzen lassen. Antifagewalt und islamischen Terror verharmlosen und tolerieren sie.

Zudem wollen sie Teile des Volkes aus den politischen Prozessen heraushalten. Dazu finanzieren sich die Altparteien mit immer mehr Steuergeldern eine willfähige „Zivilgesellschaft“ aus Gefolgsleuten, mit der Demokratie simuliert wird.

Dieser Heuchelei treten wir entschieden entgegen. Wir akzeptieren Wahlen auch dann, wenn ihr Ausgang uns nicht passt. Für uns gibt es keine Volksvertreter erster Klasse, mit

denen man redet und andere, die wie Verbrecher behandelt werden, weil sie eine andere Überzeugung haben. Natürlich reden und gestalten wir mit jedem, der gewählt wurde und zu vernünftigen Kompromissen fähig ist. Wir werden die direkte Demokratie von ihren Fesseln befreien, um das Machtmonopol der Parteien zu brechen.

Schluss mit der Manipulation der öffentlichen Meinung!

Wer heute eine Meinung vertritt, die den „erlaubten“ politischen Bereich verlässt, dem droht die Vernichtung der sozialen Existenz. Zuletzt traf dies selbst Richter, Schauspieler und unabhängige Journalisten. Oppositionelle Meinungen, aber auch die Benennung schlichter Tatsachen führen zu willkürlichen Löschungen in den sozialen Medien oder des Bankkontos, dem Verlust des Arbeitsplatzes und sogar zu Hausdurchsuchungen.

F flankierend hierzu wird die öffentliche Meinung immer mehr manipuliert. Während beispielsweise um Annalena Baerbock ein regelrechter Personenkult entwickelt wurde, weil sie aus dem Lager der herrschenden Globalisierungsvertreter stammt, werden Vertreter oppositioneller Meinungen systematisch diffamiert. Mit einer freien Presse und einem freien Rundfunk, wie sie das Grundgesetz vorsehen, hat dies nichts mehr zu tun.

Wir werden dafür sorgen, dass gerade auch die Freiheit oppositioneller Meinungen umfassend vor den Anmaßungen der herrschenden Politik geschützt wird. Die durchaus totalitären Mechanismen der Beeinflussung öffentlicher Meinung werden wir konsequent abschaffen. Eingriffe in die Meinungsfreiheit durch Anbieter sozialer Netzwerke, Banken oder Arbeitgeber wollen wir ächten und sanktionieren. Wir werden die



Foto: AfD Westthüringen

Staatsferne des öffentlichen Rundfunks herstellen und die Zwangsbeiträge abschaffen.

Schluss mit dem Ausverkauf unseres Landes!

Deutschland ist ein reiches Land und profitiert von der Globalisierung? Wie kann es dann sein, dass Holz aus Thüringen massenweise nach China und Amerika exportiert wird, während die eigene Wirtschaft kaum noch Bauholz findet? Und warum fließt der größte Teil der Gewinne von DAX-Konzernen ins Ausland?

Wir können keinen Vorteil darin erkennen, wenn deutsche Wertarbeit im eigenen Land gegen Produkte aus Ländern konkurrieren muss, in denen Billiglöhne gezahlt werden, kaum Arbeitsschutzrechte gelten und ohne Rücksicht auf die Natur produziert wird. Denn unter diesem ungerechten Wettbewerb leiden kleine und mittelständische Unternehmer, Arbeiter und Angestellte in Deutschland. Es profitieren lediglich internationale Konzerne, die ohnehin kaum Steuern in Deutschland zahlen. Andere Länder machen uns erfolgreich vor, dass eine vernetzte Welt und ein partnerschaftlicher Umgang untereinander nicht bedeuten, die Interessen der eigenen Nation hintanzustellen.

Unser Gegenkonzept ist eine patriotische Wirtschaftspolitik, die für eine faire internationale Zusammenarbeit offen ist. Dabei stehen für uns jedoch die Interessen unseres Volkes im Vordergrund, nicht der Wunsch von Großkonzernen nach Absatzmärkten und billigen „Fachkräften“ aus dem Ausland. Um das zu

erreichen, muss unsere Volkswirtschaft auch gegen unfaire Geschäftspraktiken geschützt und der Aufbau einer zukunftsfähigen Industrie gefördert werden. Soweit solchen Zielen die Mechanismen der EU oder der Westbindung im Wege stehen, müssen diese umgangen oder beendet werden. Das gilt insbesondere für die Russlandsanktionen, unter denen unser Land leidet. Milliarden wollen wir zukünftig nicht mehr in die Europäische Union oder für „Entwicklungshilfe“ in China investieren, sondern z.B. in unsere Schulen, Krankenhäuser und Renten.

Bildung statt betreutes Denken!

Thüringer Eltern, aber auch Lehrer erfahren täglich, wie schlecht das Bildungssystem in den vergangenen Jahrzehnten geworden ist. Unser Freistaat, der es nicht sicherstellen kann, dass alle Schüler nach Beendigung der 10. Klasse den Dreisatz oder eine halbwegs fehlerfreie Rechtschreibung beherrschen, wird von bildungspolitischen Versagern regiert.

Wundern muss einen das nicht: Auf den 288 Seiten des „Thüringer Bildungsplan bis 18 Jahre“ taucht das Wort ‚Rechtschreibung‘ nur einmal auf, ‚Sexualität‘ hingegen 66 mal! Diese absurde Schwerpunktsetzung wollen wir ändern. Unsere Schulen sollen mündige Menschen bilden, sich aber auch an erfolgreichen Konzepten aus der DDR orientieren und gleichzeitig die Anforderungen der heutigen Zeit erfüllen. Zu letzteren zählen neben Technik, Recht und Wirtschaft auch IT-Kenntnisse. Besonders wichtig ist uns die

Stärkung der Rolle des Lehrers als positive Autorität und die Wiederherstellung einer ausreichenden Schuldisziplin.

Auch bei den Zielvereinbarungen mit Thüringer Hochschulen wollen wir neue Schwerpunkte setzen. Mit uns gibt es kein Geld mehr für die Erfüllung von Geschlechter- oder Ausländerquoten, sondern für hochwertige Lehre. Die Verhinderung der freien Debatte an Hochschulen durch extremistische Formen der Ausgrenzung und Störung werden wir konsequent bekämpfen. Landeskinder, die einen Abschluss in einem Mangelberuf anstreben und sich langfristig an Thüringen binden, wollen wir besonders fördern.

Familie und Nachwuchs statt Einwanderung!

Heimat ist dort, wo man sich nicht erklären muss. Damit das so bleibt, muss eine Nation sich im Wesentlichen selbst erhalten und erneuern. Im Gegensatz zu den Altparteien sehen wir die Zukunft des Freistaats und Deutschlands nicht in Einwanderung oder Kindergeldzahlungen ins Ausland, sondern in der Förderung unserer Familien. Das Ideal ist dabei die Familie aus Mutter, Vater und Kindern. Trotzdem ist für uns klar, dass Alleinerziehende die besondere Unterstützung unseres Freistaats verdienen. Was wir in der Asylpolitik sparen, investieren

wir gerne in eine lebensbejahende, kinderfreundliche Familienpolitik.

Sozial ohne rot zu werden...

... bedeutet für uns einerseits eine Wende in der Sozialpolitik. Die Altparteien verwenden Milliardenbeiträge dafür, Sozialmigranten unter dem Deckmantel des „Flüchtlingsschutzes“ ins Land zu locken und zu versorgen oder um politischen Vorfeldorganisationen wie der AWO Luxusdienstwagen und Spitzengehälter zu finanzieren. Bei Arbeitslosen, Menschen mit Behinderung oder kranken Thüringern kommt hingegen kaum etwas an. Diesen Missbrauch der Solidarität werden wir beenden. Auch die dadurch freiwerdenden Finanzmittel investieren wir lieber in die Altersabsicherung der Thüringer, in eine flächendeckende Krankenhausversorgung, Fachärzte und Pflege.

„Sozial“ ist für uns andererseits auch, die gemeinschaftsstiftenden Vereine unseres Freistaats ideologiefrei zu unterstützen, Infrastruktur wie Freibäder im ländlichen Raum zu erhalten und die Kulturförderung volksnah auszurichten.

Eines unserer wichtigsten sozialpolitischen Ziele ist außerdem, die westdeutsche Dominanz in den Führungsetagen Thüringens langfristig zu beenden. Es ist eine Schande, dass der Freistaat 30 Jahre nach der Wende immer noch zu großen Teilen von

Westdeutschen geführt wird, egal ob es um Wirtschaft, Verwaltung, Justiz, Kultur oder Wissenschaft geht. Wir werden gegen die zugrunde liegende Ungleichbehandlung vorgehen.

Toleranz und Gastfreundschaft kennen Grenzen!

Bei einer Regierungsbeteiligung wird sich die AfD – im Gegensatz zu den Altparteien – selbstverständlich an das geltende Asylrecht halten. Allerdings sind wir ausgesprochen kompromisslos, wenn die Toleranz der Thüringer wie in den letzten sechs Jahren ausgenutzt wird. Wer sein Gastrecht missbraucht, kann sich zukünftig darauf verlassen, dass wir alle Hebel in Bewegung setzen, es zu beenden.

Das Gastrecht muss grundsätzlich ebenfalls enden, wenn die Heimat von Flüchtlingen wieder befriedet ist und keine Verfolgung mehr besteht. Dieser Grundsatz, der auch im Grundgesetz festgehalten ist, wird jedoch von allen Altparteien ganz offen missachtet. In Regierungsverantwortung werden wir dieses Recht unverzüglich und vollständig durchsetzen. Null Toleranz gibt es bei uns für Intensivtäter, politischen oder religiösen Terror und organisierte Kriminalität, egal ob einheimischer oder fremder Herkunft. Hier sind keine Sozialpädagogen nötig, sondern Zielfahnder, Schwerpunkt-

staatsanwaltschaften und vor allem politische Rückendeckung bei der Verfolgung.

Wer Grünes will, muss blau wählen!

Dass im Namen des „Klimaschutzes“ Industrieanlagen wie Windparks in Thüringens Wäldern errichtet werden sollen, ist absurd. Denn tatsächlich geht es nur um den Profit, der mit solchen Anlagen verdient wird. Lediglich die Stärke der windkraftkritischen AfD im Landtag hat dazu geführt, dass es zu einem Ausbauverbot kam.

Soll das Ausbauverbot auch nach seiner angekündigten Überprüfung 2023 Bestand haben, braucht es eine entsprechende unnachgiebige Haltung im Landtag. Wir stellen diese sicher. Darüber hinaus zählen der schonende Umgang mit den natürlichen Ressourcen und der Erhalt des ländlichen Raums zu den Leitmotiven unserer Politik. Diese schützt man jedoch nicht, in dem man infantil gegen den „Klimawandel“ hüpfert oder Thüringens Wirtschaft und Verbrauchern in einer Art modernem Ablasshandel Klimaabgaben auferlegt, sondern durch Forschung und Entwicklung. Schon aus diesem Grund sichert eine starke blaue Kraft im Landtag, dass Thüringen das grüne Herz Deutschlands bleibt.



Unsere Bundestags-Kandidaten

Listenkandidaten zur Bundestagswahl 2021

1. Stephan Brandner
2. Jürgen Pohl
3. Prof. Dr. Michael Kaufmann
4. Torben Braga
5. Marcus Bühl
6. Dr. Robby Schlund
7. Dr. Anton Friesen
8. Jürgen Treutler
9. Sascha Schlösser
10. Markus Klimpel

Direktkandidaten zur Bundestagswahl 2021

Wahlkreis 189 (Eichsfeld – Nordhausen – Kyffhäuserkreis) – Jürgen Pohl
Wahlkreis 190 (Eisenach – Wartburgkreis – Unstrut-Hainich-Kreis) – Klaus Stöber
Wahlkreis 191 (Jena – Sömmerda – Weimarer Land I) – Torben Braga
Wahlkreis 192 (Gotha – Ilm-Kreis) – Marcus Bühl
Wahlkreis 193 (Erfurt – Weimar – Weimarer Land II) – Sascha Schlösser
Wahlkreis 194 (Gera – Greiz – Altenburger Land) – Stephan Brandner
Wahlkreis 195 (Saalfeld-Rudolstadt – Saale-Holzland-Kreis – Saale-Orla-Kreis) – Prof. Dr. Michael Kaufmann
Wahlkreis 196 (Suhl – Schmalkalden-Meiningen – Hildburghausen – Sonneberg) – Jürgen Treutler



Foto: AfD Westthüringen

Bildung ist unsere wertvollste Ressource

– Nutzen wir sie!



Bildung ist unser Garant für Wohlstand und Freiheit, sie ist unsere große Ressource. Wir sind auf bestens gebildete Schüler und ausgebildete Jugendliche angewiesen, auf junge Menschen, welche die Fähigkeit erlangt haben, eigenständig zu denken. Dementsprechend müssen auch das Bildungssystem und das



Ausbildungssystem aufgebaut sein. Aber genau diese einst angesehenen Einrichtungen werden seit Jahren zerstört. Dabei sind es vor allem die linken und grünen, vermeintlich sozialen Kräfte, aber auch die CDU, welche diese falsche Richtung einschlagen, in Thüringen in Form der rot-rot-grünen Regierung, im Bund durch Schwarz-Rot. Ob es nun das Absenken des Niveaus ist, das Zusammenwerfen von Kindern

und Jugendlichen mit unterschiedlichsten Bedürfnissen in Gemeinschaftsklassen, die Bachelorisierung von Diplomstudiengängen oder das Schließen eigener Kantinen: Unsere Kinder und Jugendlichen werden um eine hohe Lehre gebracht, zum Schaden Thüringens, zu Lasten der Zukunft, zum Nachteil ihrer selbst. So wird, ohne auf Alter oder Erfahrung zu achten, der Digitalunterricht forciert, um unter anderem den eklatanten Lehrermangel zu kaschieren. Kinder- und Jugendmediziner warnen vor den Folgen von pauschalem Digitallernen auf die Gesundheit und vor steigendem Suchtpotential. Das Erlernen fehlerfreier Rechtschreibung und Grammatik wird durch Experimente wie „Lesen durch Schreiben“ torpediert. Berufsschulen im ländlichen Raum geschlossen werden, auf der anderen Seite wird vermehrt das Abitur angestrebt, da es später ein höheres Einkommen verspricht. Die weltweit anerkannte duale Ausbildung wird konterkariert. In den Universitäten wiederum herrschen linksgrüne Dogmen, Forschung wird von privaten Auftraggebern oder von Quoten abhängig gemacht – mit Freiheit der Wissenschaft hat das nichts mehr zu

tun. Förderschulen, konzipiert für besonderen Förderbedarf und mit einem passenden Betreuungsschlüssel, werden abgeschafft.

Hinzu kommt: Statt auf die Bildung und Ausbildung unseres Nachwuchses zu achten, soll der in einigen Bereichen bestehende Arbeitermangel durch den Zuzug ausländischer Fachkräfte kompensiert werden, die dann in ihren Ländern fehlen und hier das Lohngefüge drücken. Als Ergebnis dessen werden Kinder, wo finanziell möglich, in Privatschulen gebracht und es verlassen immer mehr junge Deutsche das Land, zusammen mit ihrem Wissen und ihrem Engagement.

Und was den Schülern während der Corona-Restriktionen durch Masken- und Testzwang, durch Schulschließung und Distanzunterricht angetan wurde, wird die Betroffenen und ihre Familien noch lange beschäftigen, alleine schon durch den hohen Stundenausfall. Dies ist eine Fehlpolitik, die eine Vielzahl von Problemen und fatale Folgen verursacht. Einzig die AfD hat den Mut, dies so deutlich auszusprechen. Wir fordern: Erhalt des gegliederten Schulsystems, Erhalt der Förderschulen, keine Inklusion mit

der Brechstange, Aufstockung des Lehrpersonals, keine Bildungsexperimente, altersgerechter Digitalunterricht, Aufwertung der naturwissenschaftlichen Fächer, Aufwertung der Ausbildung, Förderung der einheimischen Jugend, lokale Lebensmittelversorgung in Bildungseinrichtungen, Forschungsfreiheit an Thüringer Hochschulen und keine Masken-, Test- oder Impfpflicht an Schulen. In den letzten Jahren macht sich darüber hinaus eine größer werdende Einmischung linker Gender-Akteure bemerkbar, die eine ideologische Agenda verfolgen, die sogenannte Frühsexualisierung. In Thüringen wird sie in Schulen praktiziert. Frühsexualisierung bedeutet, dass Kinder mit „sexueller Vielfalt“ konfrontiert werden, obwohl sie noch nicht die Pubertät erreicht haben. Sie werden vor ihrer Reife sexualisiert, traumatisiert. Begründet wird dieser Eingriff in die Entwicklung damit, dass auf diese Weise eine spätere Toleranz gegenüber verschiedenen Sexualorientierungen entstehen würde. In Wirklichkeit ist diese Praxis der Missbrauch von Kinderseelen, der strikt abzulehnen ist.

Nadine Hoffmann

Familiäre Fürsorge – zukunftsbeste Renten

Die Position der AfD, wonach die Familie die Keimzelle unserer Gesellschaft ist, die aus Vater, Mutter und Kindern besteht, kann nicht oft genug betont werden. Dieses Werte- und Bezugssystem von Sicherheit, Obhut, Heimat, Liebe und Glück wird von Generation zu Generation weitergegeben. Sie hebt sich deutlich ab von der Beliebigkeit des linksgrünen Familienbegriffes.

Die Basis für stabile Familien liegt in einer aktivierenden Familienpolitik und größerer Wertschätzung der Familienarbeit. Immer noch erfahren besonders Mütter eine geringe gesellschaftliche Anerkennung, wenn sie „nur“ Hausfrauen sind. Eltern müssen unabhängig von wirtschaftlichen Zwängen und dem emotionalen Druck der Gesellschaft die Freiheit haben, sich für die häusliche Betreuung ihrer Kleinkinder entscheiden zu können, wenn sie das wollen. Für eine neue zukunftsorientierte Familienpolitik will die AfD unter anderem ein steuerliches Familiensplitting einführen, verbunden mit einer Anhebung des Kinderfreibetrages. Zur Herstellung der Lastengerechtigkeit gegenüber kin-



derlosen Paaren sollen Eltern bei der Geburt jedes Kindes eine Rückzahlung bereits entrichteter Rentenbeiträge in Höhe von 20.000 € erhalten bzw. werden von zukünftigen Beiträgen in entsprechender Höhe freigestellt, ohne dass die spätere Leistung gekürzt wird. Aktivierende Familienpolitik schließt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf etwa durch die Förderung von Betriebskindergärten

ein. Jährlich werden in Deutschland rund 100.000 ungeborene Kinder getötet. Um diese Entwicklung zu beenden, muss in Schule und Medien verstärkt der Respekt vor dem Leben und ein positives Bild von Ehe und Elternschaft vermittelt werden. Das Recht ungeborener Kinder auf Leben darf weder Zukunftsängsten und schon gar nicht dem Ruf selbsternannter Feministinnen, wonach Abtreibung ein Menschenrecht sei, untergeordnet werden. Abtreibungen, speziell aus sozialen und familiären Gründen, müssen die Ausnahme bleiben. Kürzlich scheiterte die von der SPD vorangetriebene Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz. Was sich nach fürsorglichem Schutz anhörte, war nichts anderes als der Versuch, den Staat zum Erzieher der Kinder zu machen und gleichzeitig die Eltern rechtlich zu benachteiligen. Wichtig ist eine familienfreundliche Politik zum Wohle von Eltern und Kindern.

Weil der AfD die Sozialpolitik ein besonderes Anliegen ist, hat sie auf einem Bundesparteitag Ende 2020 ein eigenständiges Sozialkonzept beschlossen, mit deren Umsetzung

die Partei neue Wege in der Sozialpolitik, aber auch in der Renten- und Gesundheitspolitik gehen will. So spricht sich die AfD für Leistungsgerechtigkeit aus, um unseren Eltern und Großeltern im Rentenalter einen Lebensabend in Würde zu ermöglichen. Sie haben unser Land mit ihrer Arbeit zu einer der führenden Industrienationen der Welt aufgebaut. Die drohende Altersarmut für Millionen Leistungsträger ist für uns schon aus diesem Grund unerträglich. Der Überlastung der Beitragszahler muss durch einen höheren Steuerzuschuss in der Rentenfinanzierung entgegen gewirkt werden, versicherungsfremde Leistungen sind aus Steuermitteln zu begleichen. Dieser höhere Steueraufwand muss durch konsequente Streichungen von ideologischen Politikmaßnahmen, beispielsweise in der Migrations-, Klima- und EU-Politik gegenfinanziert werden.

Ein flexibles Renteneintrittsalter, die Abschaffung der Politikerpensionen sowie die Beseitigung von Ungerechtigkeiten bei der Überleitung der Ostrenten sind ebenso Bestandteile des Rentenkonzeptes der AfD.

Birgit Noll



Deutschland – aber sicher!



Um die Sicherheit in Deutschland ist es schlecht bestellt. Das verdeutlichen sowohl der jüngst stattgefundenen Mordanschlag von Würzburg oder auch die Gewaltexzesse der linksextremen „Antifa“ und Jugendbanden mit Migrationshintergrund. Terror und Kriminalität haben Ursachen, die bekämpft werden müssen. Die Polizeibeamten in Bund und Ländern arbeiten unter großem persönlichen Einsatz, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Unzureichende Zustände wie Personalmangel, strukturelle Unzulänglichkeiten, unzureichende Ausrüstung, schlechte Bezahlung und miserable soziale Absicherung müssen beendet werden. Zudem muss sich die Polizei wieder auf ihre ureigensten Aufgaben konzentrieren.

Die Sicherheit einer Nation basiert auf sicheren Grenzen. In Zeiten unregelmäßiger Migration und grenzüberschreitender Kriminalität kommt dem Schutz der innereuropäischen Grenzen besondere Bedeutung zu. Der erhebliche Anteil von Ausländern insbesondere bei der Gewalt- und Drogenkriminalität, aber auch bei öffentlichen Unruhen, führt viel zu selten zu ausländerrechtlichen Maßnahmen. Ausländische Kriminelle können sich sehr häufig auf Abschiebungshindernisse berufen und sind auf diese Weise von Abschiebung verschont. Die AfD fordert daher die Erleichterung der Ausweisung, insbesondere die Wiedereinführung der zwingenden Ausweisung auch bei geringfügiger Kriminalität. Wer sich in unserem Land nicht an Recht und Gesetze hält, muss unser Land umgehend verlassen. Die jüngsten Ausschreitungen in den Erstaufnahmeeinrichtungen in Suhl und Schlotheim zeigen deutlich die Lücken unseres Sicherheitssystems. Das derzeitige Asylsystem gleicht einer Lotterie. Finanzielle Fehlanreize und unterlassene Abschiebungen führen zu illegaler Migration, Schleuserkriminalität und zahlreichen Todesopfern im Mittelmeer. Die meisten dieser Migranten begeben sich in der Hoffnung auf ein besseres Leben auf den Weg nach Europa.

Eine Grenze ist da, um beschützt zu werden.



Deutschland. Aber normal.



Herausgeber: Alternative für Deutschland Bundesverband, Berlin, Schillke 9

Zurückweisungen an der Grenze müssen wieder als selbstverständliches Recht souveräner Staaten aufgefasst werden. Die Grenzen müssen zur Abwehr unerlaubter Zuwanderung und zur Kriminalitätsbekämpfung mit einer modernen und

wirksamen Sicherung ausgestattet werden. Dabei muss grenzüberschreitender Pendler-, Urlaubs- und Warenverkehr ohne unzumutbare Einschränkungen gewährleistet sein. Die AfD richtet sich gegen pauschale Zuwanderungskontingente und

Umverteilungsquoten, gegen die Aufnahme von Migranten im Rahmen einer „europäischen Lösung“, die durch Missbrauch der Seenotrettung nach Europa gelangen, gegen jeglichen Familiennachzug für Flüchtlinge, aber für eine strenge Bestrafung von Falschangaben im Asylverfahren und eine Ausweitung der Zahl sicherer Herkunftsstaaten.

Die unterlassene Aufenthaltsbeendigung abgelehnter und ausreisepflichtiger Asylbewerber ist das Gegenteil von Rechtsstaatlichkeit: Sie ist Ausdruck fortgesetzten Staatsversagens. Die Zahl der Ausreisepflichtigen ist kontinuierlich gestiegen und hat im zweiten Quartal 2021 die Zahl von ca. 300.000 Personen erreicht – während die Zahl freiwilliger Ausreisen und erfolgreicher Abschiebungen kontinuierlich sinkt.

Die Hilfe für Menschen in Not muss von der Aufnahme in Deutschland entkoppelt und in den Krisenregionen selbst geleistet werden, wo dies weit effektiver ist und viel mehr wirklich Hilfsbedürftige erreicht. Hilfe vor Ort hat für die AfD höchste Priorität. Ihr ist absoluter Vorrang zu geben vor einer Aufnahme von Asylbewerbern in Deutschland. Zugleich werden damit wichtige Fluchtgründe abgebaut. Ein Teil der im Rahmen der Asylpolitik eingesetzten zweistelligen Milliardensummen kann heimatnah eine vielfache Wirkung entfalten und so helfen, den Migrationsdruck auch nachhaltig zu senken.

Birgit Noll & Zitate aus dem AfD-Wahlprogramm



Die gescheiterte Energiewende

Naturzerstörung, Wohlstandsverlust, Abhängigkeit



Für eine schöne Heimat:

Landschaft
statt
Windparks.

Deutschland.
Aber normal.

AfD

Herzgeber: Alternative für Deutschland Bundesverband, Berlin, Schillitz, 9



Foto: Pixabay / conner

Deutschland keinen Blackout gibt.

Die AfD ist nicht per se gegen Erneuerbare Energien, wir sind gegen diese Energiewende, weil sie absehbar gescheitert ist. Unsere Ansätze sind die folgenden: den Einspeisevorrang von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien abschaffen; den Ausbau der digitalen Verknüpfung von Erzeugungsanlagen zur zentralen Steuerung des Einspeisevorgangs vorantreiben; die Betreiber von Stromerzeugungsanlagen an den Netzbetriebskosten angemessen beteiligen; die Sicherstellung einer stabilen Energieerzeugung durch spitzenlastfähige Kraftwerkseinheiten; die Versorgung mit Erdgas durch langfristige internationale Partnerschaften; die Erforschung preisgünstiger und umweltfreundlicher Zukunftstechnologien für die Erzeugung von elektrischem Strom.

Auch die Wirtschaft bekommt die Auswirkungen der Regierungspolitik zu spüren. Automobilzulieferer leiden unter der Elektromobilität, eine Mobilität, für deren Batterien in anderen Erdstrichen Lithiumwüsten entstehen. Diese unglaubliche

Zerstörung geschieht, damit sich der heimische Grünenwähler ein gutes Gewissen einreden kann. Und natürlich, weil wenige Personen sehr viel Geld mit Windparks und anderen „grünen“ Erfindungen verdienen.

Das Feindbild Kohlenstoffdioxid dient dabei als Vehikel. Während in Schwellenländern Kohlekraftwerke entstehen, die wir indirekt subventionieren, und das zur Wirtschaftsmacht aufgestiegene China auf Umweltschutz verzichtet, wird in Deutschland der Mittelstand an die Wand gefahren, angeblich um das Weltklima zu retten. Und wenn der Strom aus der Steckdose für das E-Auto fehlt, dann gibt es ja noch Lastenräder. Im Ausland wird derweil an rückstandslosen Kernkraftwerken geforscht.

Was wir uns, den zukünftigen Generationen und der Umwelt schuldig sind, ist die Bewahrung der Natur, Ressourcenschonung und eine vernünftige Energiepolitik. Das ist nur mit der AfD zu machen!

Nadine Hoffmann

Kein anderer Begriff wird wohl so überstrapaziert, wie der des Klimas. Ja, das Klima wandelt sich, solange es existiert. Dass der Klimawandel jedoch dazu benutzt wird, um den deutschen Bürgern nicht nur ein schlechtes Gewissen einzureden, sondern auch, um unser Land zu deindustrialisieren, zeugt von der schädlichen Agitation vornehmlich der Grünen und Linken.

Ihnen geht es mitnichten um Umweltschutz. Ihnen geht es um die große Transformation der Gesellschaft zu einer dystopischen „Weltgemeinschaft“, in der nur ihre Vorstellungen gelten. Der „Klimaschutz“ ist nur das Mittel zum Zweck, das Erpressungsmoment.

Leider ist auch die schwarz-rote Bundesregierung dieser Hysterie anheimgefallen, allen voran die Physikerin Merkel. Als Ergebnis wurde dem Land eine Energiewende aufgezungen, welche die weltweit höchsten Strompreise erzeugt und das Geld von unten nach oben befördert, also die soziale Ungleichheit vergrößert. Diese Energiewende bewirkt das Gegenteil von Umweltschutz,

sie zerstört die Natur. Vogelarten wie der Rotmilan sind in ihrem Bestand durch die Windkraftindustrie gefährdet, Fledermäuse und Vögel werden durch die Anlagen ebenso getötet wie unzählige Insekten. Die Lebensqualität des ländlichen Raums wird abgesenkt, die Gesundheit der Menschen wird durch Infraschall riskiert. Riesige Stromtrassen wie Suedlink werden geplant und werden eine Schneise der Verwüstung durch Deutschland ziehen. Photovoltaikfelder verbrauchen Fläche. Und es wird eine CO₂-Steuer erfunden, die die finanziellen Belastungen des Mittelstandes, der Pendler und Geringverdiener noch verschärft.

Deutschland hat seine Energieerzeugung aufgegeben, um sich von volatilen Erzeugungsarten ohne Speichermöglichkeit und dem Ausland abhängig zu machen. Nachbarländer verkaufen den hier erzeugten Strom an uns zurück, und kommen vermutlich nicht aus dem Lachen heraus. Kraftwerke laufen als Schattenwerke zur Absicherung, Industriezweige werden für kurzfristiges Abschalten bezahlt, alles, damit es in



Foto: AfD Westthüringen

AfD

Der ländliche Raum

Ein Herzstück Thüringens, das bald nicht mehr schlägt?



Unser Thüringen ist ländlich geprägt und gerade das macht auch seine Schönheit aus. Wir haben den Thüringer Wald, den Kleinen Thüringer Wald, Landwirtschaft und kulturell gewachsene Landstriche aus idyllischen Gemeinden und Städten, in denen es Kirmes, Jugendvereine und eine lebendige Dorfgemeinschaft gibt. Hier leben naturnahe Menschen, arbeiten Handwerker, hier kennt man sich.

Leider schätzt die Landesregierung dieses Wesensmerkmal nicht und agiert entsprechend schädlich.

Der Bevölkerung im ländlichen Raum werden Schulen und Berufsschulen vor der Nase geschlossen, die medizinische Versorgung wird ausgedünnt. Als Arzt auf dem Land arbeiten, wird Medizinern zunehmend unattraktiv gemacht, denn wo Landflucht und Abbau herrschen, da fehlen die Patienten. Geburtsstationen in noch bestehenden Krankenhäusern werden abgebaut, Krankenhäuser in wirtschaftlich ergiebigere Einrichtungen umgewandelt. Der Netzausbau gelingt nicht und der Nahverkehr wird reduziert. Touristische Bestrebungen werden nicht ausreichend unterstützt.

Das Landleben leidet, die kleinen Innenstädte gehen ein, Gaststätten schließen, wobei die Corona-Restriktionen ihr Übriges dazu beigetragen haben. Die Verantwortlichen nahmen keine Rücksicht darauf. Genauso wenig darauf, dass den Landbewohnern oft gegen Widerstand Windkraftanlagen vor den Ort gestellt wurden, die die Umwelt und Gesundheit schädigen und dem Erholungscharakter wie auch dem Landschaftsbild entgegenwirken. Die junge Bevölkerung zieht deshalb vom Land weg in große Städte, was die Ausdünnung noch verstärkt. Familien werden vom ländlichen Raum ferngehalten, obwohl gerade er Natur und Erholung bietet.

Es ist ein altpolitisch gewolltes Trauerspiel. Der ländliche Raum wird als Standort für Windkraftanlagen und zur Erzeugung von Lebensmitteln gesehen, wobei selbst letzteres angegriffen wird. Denn die Landwirtschaft wird als Sündenbock behandelt. Immer mehr Regularien von EU, Bund und auch Land bedrohen den Berufsstand.

Durch Wettbewerb und falsche Förderung sind kleine, lokale Schlachtstätten ins Ausland abgewandert, Höfe haben aufgegeben. Das führte zu mehr Nutztiertransporten und der Zerschlagung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Der kleine Bauernladen um die Ecke und der

Dorfkonsum wurde zum Relikt. Die Forstwirtschaft wird beim Kampf gegen den Borkenkäfer ebenso im Stich gelassen wie Landwirte und Jägerschaft beim Bekämpfen der Afrikanischen Schweinepest. Personell und finanziell mangelhaft ausgestattet, sehen sich Viele machtlos. Waldbesitzer wurden beim Waldumbau zu resilienteren Baumarten nicht ausreichend unterstützt. Sie mussten in Vorkasse treten, um Schadholz zu beraumen. Dann mangelte es an Holz, was sich auf das Handwerk auswirkte.

Die rot-rot-grüne Landesregierung hat im Rahmen ihrer Wald-vor-Wild-Ideologie das Rehwild zum Schädling degradiert und will die Jagdzeit ausweiten, gegen den Widerstand von Jägern. Sie hat zudem die Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten vernachlässigt, denn diese könnten der Windkraftindustrie im Wege stehen.

Die Politik der Altparteien richtet sich gegen den ländlichen Raum, gegen seine Bevölkerung und deren Zukunft. Sie richtet sich damit gegen Thüringen.

Wir wollen: Mehr Investition in Nahverkehr, Netzausbau und Infrastruktur; mehr Spielräume für Landwirte; Unterstützung für Waldbesitzer; Ansiedlung lokaler lebensmittel- und holzverarbeitender Unternehmen; Ausbau mobiler Schlachtstätten, Erhalt der landschaftlichen Prägung, Absenkung der Grunderwerbssteuer für Familien beim Ersterwerb, Erhalt von medizinischen Einrichtungen im ländlichen Raum, eine finanziell breit aufgestellte Initiative zum

Das Land muss leben.

Ländlichen Raum stärken.

Deutschland. Aber normal.

AfD

Herausgeber: Alternative für Deutschland Bundesverband, Berlin, Schillerstr. 9

Erhalt der Innenstädte und Gemeinden, Unterstützung lokaler Tourismusangebote, Ausbau von Wander- und Radwegen sowie die

Wiederbelebung kleinstädtischer und dörflicher Strukturen.

Nadine Hoffmann



Foto: Pixabay / Ulrike Leone



Wohlstand für alle ist machbar



Foto: Pixabay / Nattanan Kanchanaprat

Das Ziel der AfD, Wohlstand für alle zu schaffen, ist machbar. Dazu müssen wir uns zurückbesinnen auf das Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft von Ludwig Erhard. Unternehmer und Beschäftigte arbeiten in einer Sozialpartnerschaft zusammen, um betriebliche Ziele zu erreichen und Interessensgegensätze ins Gleichgewicht zu bringen, zum Beispiel mit allgemeinverbindlichen Tarifverträgen.

Staatliche Planwirtschaft führte bisher regelmäßig in den wirtschaftlichen Niedergang, weshalb auch Forderungen nach Enteignungen

und der Abschaffung von Privateigentum kontraproduktiv sind.

Die Aufgabe des Staates muss sich auf die Schaffung von Rahmenbedingungen zur Erhaltung des Wettbewerbes, die Verhinderung von Monopolen, Kartellen und schädlichen Markteinflüssen beschränken. Ebenso führen politisch motivierte Vorgaben (z.B. nach Elektromobilität) und staatlich verordnete Preiserhöhungen für vermeintlich gute Zwecke nicht zum dauerhaften Erfolg, weil sie marktwirtschaftliche Aspekte ausblenden.

Das Rückgrat der deutschen Wirtschaft ist der Mittelstand. 99 % der Wirtschaft sind kleine und mittelständische Unternehmen, in denen 58 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiten. Sie bilden fast 82 % der Lehrlinge aus und existieren vielfach über mehrere Generationen. (Quelle: BVMW 2018)

Ziel muss es sein, die Steuer- und Abgabenlast in Deutschland deutlich zu senken. Nur so kann die in den letzten Jahren erfolgte massive Abwanderung von deutschen Unternehmen und Fachkräften ins Ausland gestoppt und der Wirtschaftsstandort wieder attraktiv für Investitionen gemacht werden.

Die Senkung der Steuerlast muss einhergehen mit einer deutlichen Vereinfachung des Steuersystems, das jedem verständlich ist und keine Steuerschlupflöcher zum Beispiel zugunsten internationaler Konzerne zulässt.

Die AfD nimmt mit ihrer Politik ganz besonders auch die sogenannten „kleinen Leute“ in den Blick.

Es ist ein Gebot elementarer Gerechtigkeit des Steuersystems, nicht bereits leicht überdurchschnittliche Einkommen mit dem Spitzensteuersatz zu belasten.

Ein Wunsch vieler Menschen ist der Erwerb von Wohnungseigentum als Ziel eines selbstbestimmten Lebens. Deutschland ist europaweit mit unter 50 % das Land mit der geringsten Eigentumsquote bei der Wohnungsvergütung. Die Abschaffung der Grunderwerbsteuer beim Erwerb von Immobilien zur Eigennutzung kann den Erwerb von Wohneigentum erleichtern.

Die Enteignung der deutschen Sparer schreitet weiter voran. Bundesweit haben bereits ca. 450 Banken sogenannte Verwahrentgelte – besser bekannt als Negativzinsen – für die Guthaben ihrer Kunden eingeführt. Diese Entwicklung gilt es ebenso zu stoppen wie die Bestrebungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Zentralbank (EZB), schrittweise das Bargeld abzuschaffen. Bargeld ist ein natürliches Bollwerk gegen enteignende Negativzinsen.

Eine Abschaffung des Bargeldes macht im Krisenfall die Enteignung von Kontoinhabern möglich. Aus dem gläsernen Bankkunden würde der gläserne Mensch – Vollüberwachung bis in private Lebensbereiche wären möglich.

Birgit Noll & Zitate aus dem AfD-Wahlprogramm



Foto: Pixabay / Bruno Germany



Covid-19 und die Folgen

Die Ausbreitung von Covid-19 wurde zu einer Belastungsprobe für Politik und Gesellschaft.

Um die Krise wirksam einzudämmen, wäre eine frühzeitige, kohärente und vor allem ausbalancierte Strategie nötig gewesen, die nicht nur die Ausbreitung der Infektion vermindert, sondern auch die Aufrechterhaltung des sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens ermöglicht hätte.

Stattdessen entwarf die Regierung Schreckensszenarien, deren Ausbleiben sie als Erfolg feierte. Hinzu kam ein ganzes Bündel anmaßender, uneinheitlicher und teils wirkungsloser Schritte wie jener des Lockdowns oder des Maskenzwangs auch im Freien.

Auch schreckte man nicht vor einer weitreichenden Außerkraftsetzung von Bürgerrechten zurück; so kam es zu massiven Einschränkungen der Versammlungsfreiheit, die sich kaum mehr mit der vorgeblichen Pandemiebekämpfung begründen ließen, zumal die Umsetzung der Maßnahmen je nach politischer Willkür erfolgte.

Die selbstgerechte Machtanmaßung einer so genannten politischen

Elite, die diese Bezeichnung längst nicht mehr verdient, spaltete die Gesellschaft und führte zu einer weiteren Erosion des Vertrauens in den Rechtsstaat, dessen Repräsentanten sich auch noch mit der Vermittlung von Maskengeschäften direkt an der Notlage bereicherten.

Der so geschaffene Ausnahmezustand geriet zum Dauerzustand und wurde zum willkommenen Herrschaftsinstrument. Unterdessen machte sich Bundesgesundheitsminister Spahn spätestens mit seinem chaotischen Krisenmanagement sowie dem maßlosen und völlig überfeuerten Maskenkauf zur Symbolfigur einer durch und durch kranken Gesundheitspolitik.

Das Gesundheitssystem aber, das bereits lange vor der Pandemie unter Kürzungen, Personalmangel, falschen Anreizen und einer aggressiven Privatisierung gelitten hatte, wurde bis an seine Grenzen getrieben. Es ist nur den Ärzten und Pflegekräften zu verdanken, dass ein Zusammenbruch ausblieb – wenn auch die Bundesregierung nicht zögerte, sich dies als Erfolg anzurechnen.

Besonders tragisch ist, dass auch Schülerinnen und Schüler unter dem

Deutschland muss offen bleiben.

Nie wieder Lockdown.

Deutschland. Aber normal.

AfD

Herausgeber: Alternative für Deutschland Bundesverband, Berlin, Schillerstr. 9

Das Leben muss weitergehen. Auch draußen.

Nie wieder Lockdown.

Deutschland. Aber normal.

AfD

Herausgeber: Alternative für Deutschland Bundesverband, Berlin, Schillerstr. 9

Chaos der kopflosen Corona-Politik zu leiden hatten; Maske auf, Maske ab – Fernunterricht, Präsenzunterricht – Schließung, Wiedereröffnung und erneute Schließung.

Der massive Unterrichtsausfall und die Wirkungslosigkeit des Online-Unterrichts führten vielfach zur Überforderung von Familien und Schulen. Der Verweis der Regierung auf eine baldige Digitalisierung dagegen war nichts anderes als das Eingeständnis, auch in diesem Bereich versagt zu haben. Zu den Folgen gehört eine Bildungskatastrophe, deren wahres Ausmaß sich derzeit noch nicht erkennen lässt.

Auch die Wirtschaft blieb nicht von den überzogenen Corona-Maßnahmen verschont, die gerade in Kombination mit den wahnwitzigen grünen Weltrettungsphantasien eine fatale Wirkung entfalteten. Sehenden Auges erstickte man nicht nur die konjunkturelle Entwicklung, sondern belastete Mittelstand und Bürger weiter.

Den direkten Konsequenzen – den Arbeitsplatz- und Einkommensverlusten, den Schließungen, der Inflation und den steigenden Abgaben – werden weitere folgen, die sich erst

in den kommenden Jahren zeigen.

Die Profiteure der Entwicklung sind erneut die großen Technologiekonzerne. All dies geschieht, während Menschen in Altersheimen unter der Zwangsisololation leiden, während ganze Innenstädte veröden, Gastronomen resigniert schließen und heimische Unternehmer mit massiven Rohstoff- und Energiepreissteigerungen zu kämpfen haben.

Uns geht es darum, den Mittelstand dauerhaft zu entlasten. Wir fordern darüber hinaus ein sofortiges Ende der Entmündigungs- und Verbotspolitik, gleichgültig ob sie als Pandemiebekämpfung, Klimaschutz oder Europapolitik daherkommt.

Denn Bürgerrechte lassen sich weder dauerhaft außer Kraft setzen, noch werden sie von oben herab gewährt. Längst ist es an der Zeit, die Regierung an diese einfachen Tatsachen zu erinnern und die totalitären Experimente zu beenden.

Wolfgang Klinghammer

Werden Sie Beobachter oder Wahlhelfer!



Wahlbetrug verhindern

Die in letzter Zeit in die Öffentlichkeit geratenen Fälle von Wahlbetrug gingen fast ausschließlich zu Lasten der AfD. Deshalb ist es im September zur Bundestagswahl besonders wichtig, dass sich Viele als Wahlbeobachter oder Wahlhelfer betätigen, um flächendeckende Beobachtung zu gewährleisten.

Wie genau können Sie mitmachen? Zum einen kann man als Wahlbeobachter und zum anderen als Wahlhelfer die Demokratie schützen.

Wahlbeobachtung ist die Prüfung der Wahlen und der Stimmauszählungen. Jeder Bürger hat das Recht, den Wahlen und der Stimmauszählung beizuwohnen, denn diese sind öffentlich, vorausgesetzt, die Wähler und der Wahlvorstand werden nicht gestört. Mit dem Öffnen der Wahlräume dürfen Sie anwesend sein. Ab 18 Uhr können Sie dann die

Stimmauszählung beobachten. Hier empfiehlt es sich, Zettel und Stift mitzubringen und die Ergebnisse festzuhalten. Die Gesamtzahl abgegebener Stimmen (wie auch der ungültigen) wird bekanntgegeben und muss mit der Summe der Ergebnisse aller Parteien übereinstimmen. Bemerken Sie Ungereimtheiten, notieren Sie diese genau und melden es dem Wahlvorsteher bzw. seinen Vertretern und anschließend uns. Enorm wichtig sind die Briefwahllokale. Denn die Vergangenheit hat gezeigt, dass vor allem bei der Auszählung der Briefwahlunterlagen manipuliert wurde. Die Briefwahlunterlagen werden in den entsprechenden Lokalen angeliefert und dann in die Urnen überführt. Auch dies dürfen Sie beobachten.

Die andere Möglichkeit der Kontrolle ist, sich als Wahlhelfer bei der Wahlbehörde zu melden. Diese

Tätigkeit ist ehrenamtlich, Sie erhalten dafür jedoch eine Aufwandsentschädigung. Als Wahlhelfer sind Sie neben dem Wahlvorsteher Teil des oben beschriebenen Wahlvorstandes und sorgen unter anderem dafür, dass die Stimmzettel an die Wahlberechtigten ausgegeben werden. Wichtig ist, dass Sie sich rechtzeitig beim zuständigen Wahlamt melden. Manchmal erstellt die Gemeinde auch einen Aushang, um Wahlhelfer zu finden.

Das Wahlamt wiederum kann Sie nur mit ausreichender Begründung als Wahlhelfer ausschließen. Natürlich können Sie sich auch in einem Briefwahllokal als Wahlhelfer engagieren. Auch hier gilt wie bei der Wahlbeobachtung, dass Sie nicht notwendigerweise in das Wahllokal gehen müssen, in welchem Sie als Wähler registriert sind. Trauen Sie sich! Der Wähler wird es Ihnen danken.

Wie Sie sehen, so ein Wahltag ist in vieler Hinsicht spannend. Aber unser Land ist es wert, oder?! Wir alle wollen doch, dass der Wählerwille korrekt abgebildet wird. Und dafür muss Sorge getragen werden. Die Wahlbeobachtung und der Dienst als Wahlhelfer sind dabei unsere Möglichkeiten und Rechte, die wir wahrnehmen sollten.

Wenn Sie weitergehende Informationen wünschen oder vielleicht Gleichgesinnte suchen, dann kontaktieren Sie gerne Ihren Kreisvorstand, dadurch kann eine Koordination erfolgen.

Die Kreisverbände und der Landesverband bedanken sich im Voraus dafür.

Nadine Hoffmann

Spenden Sie, um uns zu unterstützen



Empfänger: AfD Landesverband Thüringen
IBAN: DE51 8405 1010 1010 0693 02
BIC: HELADEF1ILK
Bank: Sparkasse Arnstadt-Ilmenau

Bitte helfen Sie mit, dass wir uns in den Wahlkämpfen ausreichend Gehör verschaffen können. In vielen Medien kommen wir nicht angemessen und ausgewogen zu Wort. Um die Wähler zu informieren, benötigen wir ausreichend Informationsmaterial und Werbemöglichkeiten. Wir müssen frühzeitig planen, bestellen und drucken und freuen uns über Ihre Geld- oder Sachspende.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Impressum

www.thueringenpost.de · info@thueringenpost.de
Alternative für Deutschland, LV Thüringen,
Birgit Noll, Alte Chaussee 87, 99097 Erfurt-Waltersleben
Informationen: www.afd-thueringen.de · www.facebook.com/AfD.Thueringen

Die AfD ist eine demokratische, verfassungskonforme Partei Deutschlands. Mitglieder müssen versichern, dass sie keiner rechtsextremen, linksextremen oder ausländerefeindlichen Organisation angehören und sich vorbehaltlos zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen.